

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.



Anzeigepreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 211

Stolp, Donnerstag, den 9. September 1926

50. Jahrgang

Deutschnationale Heerschau.

Die Parteileitung zur politischen Lage.

Stolp, 8. September. Unter großer Beteiligung hat heute die große (7.) Reichstagung der Deutschnationalen Volkspartei unter stürkster Beteiligung aus allen deutschen Gauen, bei Anwesenheit der namhaftesten Führer der Partei — auch Großadmiral von Tirpitz ist anwesend — begonnen. Am Vormittag fand eine Sitzung der Parteileitung, am Nachmittag eine solche der Parteivertretung statt. Hierüber wurde folgender offizieller Bericht gegeben:

Die Parteileitung beschäftigte sich in kurzer Sitzung nach einem Referat des Grafen Westarp mit der politischen Lage. Die Aussprache stellt fest, daß die Vorgänge dieser Tage in Genf eine jener Besorgnisse der nationalen Opposition zum Schaden Deutschlands verwirklichen, die bereits Hauptpunkte der Locarno-Debatte gewesen waren. Das gleiche Spiel, das die Vertragspartner schon in Locarno getrieben haben, hat sich jetzt in Genf fortgesetzt. Auf dem Parteitage soll deshalb die richtige Auffassung von der Gleichberechtigung Deutschlands als Großmacht kräftig zum Ausdruck gebracht werden.

Für die Arbeitsgemeinschaft aller staatsbehaltenden Kräfte im Sinne des Vorschlages von Gahl-Jarres wurde die schon öfters getätigte Bereitschaft bestätigt.

Die Parteivertretung behandelte in ausgedehnter, überaus zahlreich besuchter Versammlung die gleichen Themen. Von den prominenten politischen Führern waren neben dem Parteivorsitzenden Graf Westarp u. a. auch Erzelenz Wallraj, Reichsminister Schiele und D. Winkler anwesend. Man bemerkte ferner Frau Dr. Behm, Herrn Behrens, den Führer der Deutschnationalen in Oberbayern, Professor Hilpert, Erzelenz Hergt, Geheimrat Eugenberger, Fürst Bismarck, Minister Neuhäus, die Herren Beswinger und Freiherr von Stauffenberg aus Württemberg, sowie viele prominente Industrielle des westfälischen und niederrheinischen Industriegebietes; die Landwirtschaft Westfalens und des Niederrheins war zahlreich vertreten. Aber auch aus den vom Rhein weitab gelegenen Teilen des Reiches wie Ostpreußen, Schlesien und Pommern waren die Vertreter vollzählig erschienen, darunter der pommersche Führer, Reichstagsabgeordneter Schlange-Schönning. In der Westmark reichen sich West und Ost, Nord und Süd die Hand zum gemeinsamen Kampf für Freiheit, Ehre und Recht.

Die Frage der bürgerlichen Einigung.

Im Anschluß hieran sei mitgeteilt, was Graf Westarp im „Führer durch den Reichsparteitag“ u. a. schreibt:

„Seit unserem Parteitage in Hamburg am Bismarcktag 1924 haben die beiden Wahlen des Jahres 1924 uns zur stärksten staatsbürgerlichen Partei gemacht. Nun galt und gilt es, zu der immer dringender gewordenen, immer stürmischer geforderten Einigung der staatsbürgerlichen Parteien zu gelangen. Dieser Aufgabe wollen wir uns auch auf dem Kölner Parteitag dienstbar machen. Er soll durch unsere zielbewußte Stärke und Einigung den Mittelparteien zeigen, daß sie nicht ohne schwersten Schaden für das Vaterland und für sich selbst über uns zur Tagesordnung übergeben können, daß insbesondere das Zentrum für seine Vorkämpfer nicht auf uns rechnen kann. Ebenso klar aber soll er dartun, was wir 1925 durch die Tat bewiesen haben, daß wir in ehrlicher Arbeit und Anerkennung abweichender Grundauffassungen mit den staatsbürgerlichen Parteien gemeinsam praktische Politik treiben wollen und treiben können. Dabei dürfen wir freilich uns selbst nicht verlieren. Regierungsgemeinschaft und nicht Gefinnungsgemeinschaft! Auch die anderen nehmen die daraus sich ergebende Freiheit der Bewegung für sich in Anspruch. So dürfen und brauchen auch wir auf Grundsätze und Grundgedanken unseres Programms nicht zu verzichten. Wir müssen uns das Recht vorbehalten, für sie zu werben, auch soweit wir sie in der Arbeit des Tages noch nicht durchsetzen können. Das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig.“

Sonderveranstaltungen.

Am übrigen war der Tag bereits durch zahlreiche Einzeltagungen der verschiedenen Organisationen innerhalb der Partei ausgefüllt. So des Deutschnationalen Arbeiterbundes, der Reichsführung und des Bundesrates der Bismarckjugend („Verhältnis zu den vaterländischen Verbänden und Stellung zu den Einigungsbestrebungen in der vaterländischen Bewegung!“), des erweiterten Reichsausschusses der deutschnationalen Beamtenschaft und des Deutschnationalen Lehrerbundes. — Am Abend fanden öffentliche Frauen- und Beamtinnenversammlungen statt. — Eine große öffentliche

Tagung des Deutschnationalen Arbeiterbundes fand ebenfalls am ersten Abend statt, verbunden mit einer Fahnenweihe des Bundes. Reichstagsabgeordneter Martin, M. v. R., vollzog die Fahnenweihe.

Am Donnerstagnachmittag beginnt der eigentliche Parteitag, der eine programmatische, mit großem Interesse erwartete Rede des Parteivorsitzenden, Grafen Westarp, für die „Politische Lage“ bringen wird.

Deutschland im Völkerbund.

Die Aufnahme einstimmig beschlossen.

Am Mittwoch vormittag kurz nach 10 Uhr trat die Vollversammlung des Völkerbundes zu der entscheidenden Sitzung zusammen, in der über den Eintritt Deutschlands Beschluß gefaßt werden sollte. Am Dienstag waren schon längere Verhandlungen über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Angelegenheit vorhergegangen, so daß in der Vollversammlung selbst die Sache ohne jeden Zwischenfall vonstatterging. Ueber die entscheidenden Beschlüsse wird berichtet:

Am 11,45 Uhr begann die namentliche Abstimmung über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Die Abstimmung war in drei Minuten beendet. Der Präsident teilte mit, daß sämtliche Delegierten ihre Stimme mit „Ja“ abgegeben haben, daß somit Deutschland einstimmig in den Völkerbund aufgenommen worden ist. Diese Mitteilung des Präsidenten fand rauschenden Beifall bei der Versammlung.

Hierauf beschloß die Vollversammlung des Völkerbundes die Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland und die Vermehrung der nichtständigen Ratsitze von sechs auf neun. Auch dieser Beschluß wurde einstimmig herbeigeführt. Der Verlauf der Sitzung.

In Erwartung des großen Ereignisses waren die Zuschauergalerien schon um 9,30 Uhr bis auf den letzten Winkel besetzt. Auch die Delegierten fanden sich schon rechtzeitig im Reformationsaal ein. Nach Eröffnung der Versammlung erteilte der Präsident Rintschitsch sogleich dem schweizerischen Delegierten Motta das Wort, der über die Vorschläge des Bureaus zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Angelegenheit berichtete.

Im zweiten Teil seiner Rede, der vorwiegend dem durch die Ratskrise entstandenen Problem galt, erklärte Motta zunächst,

daß die Aufnahme Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit für den Völkerbund sei.

Diese Ueberzeugung habe sich bei ihm von Jahr zu Jahr verstärkt und werde heute von niemand mehr bestritten. Auch die Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland werde allgemein als eine elementare Notwendigkeit empfunden. Zur Frage der Vermehrung der nichtständigen Ratsitze führt Motta aus: Die Versammlung dürfe durch Vermehrung der Ratsitze nicht an Einfluß und Autorität gegenüber dem Rat verlieren. Bei Vermehrung der Ratsitze besteht infolge der Einstimmigkeitsklausel für die Ratsbeschlüsse die Gefahr, daß der Völkerbundsrat in seiner Arbeit und Entschlußkraft behindert werde.

Andererseits gäbe es aber auch sehr ernste Gründe, die zugunsten einer Vermehrung der nichtständigen Ratsitze sprechen. Der erste sei die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Vertretung der Interessen der verschiedenen Kontinente im Völkerbundsrat. Der zweite Grund besteht darin, daß der Turnus bei der Befetzung der nichtständigen Ratsitze gewährleistet werden muß. Der wichtigste Grund für die Vermehrung der nichtständigen Ratsitze sei aber die Notwendigkeit, die Ratskrise zu lösen.

Holländische Kritik.

Nach dem Bericht Mottas erklärte zunächst der holländische Delegierte Loudon, für einen deutschen ständigen Ratsitz dürfe es keine getrennten Anschauungen geben. Er weist darauf hin, daß Holland seinerzeit der einzige Staat gewesen sei, der gegen 44 Mitglieder der Vollversammlung sich gegen eine Vermehrung der nichtständigen Sitze von vier auf sechs ausgesprochen hätte.

Auch heute hätte die holländische Delegation die stärksten Bedenken, die Zahl der nichtständigen Mitglieder noch weiter von sechs auf neun zu vermehren. Am liebsten würde die holländische Delegation die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder von sechs auf vier vermindern. Aber sie könne im Interesse einer allgemeinen Verständigung diesen grundsätzlichen Standpunkt nicht aufrecht erhalten und wäre bereit, für eine Vermehrung der nichtständigen Ratsitze zu stimmen, falls hierdurch eine Lösung der Krise erfolgen würde.

Ein Protest Nansens.

Untergroßer Spannung der Versammlung ergriff hierauf der norwegische Delegierte Frithjof Nansen das Wort. Er wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß seinerzeit die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglie-

der auf sechs erst nach langwierigen Diskussionen und nach schwierigen Verhandlungen erfolgt sei. Heute werde der Vollversammlung das Projekt einer neuen Erhöhung der nichtständigen Ratsitze vorgelegt, ohne daß der Vollversammlung Gelegenheit gegeben werde, über das so schwierige und ernste Problem nachzudenken und Verhandlungen zu führen. Er müsse daher gegen die Verbindung dieser beiden Fragen energisch protestieren und verlange, daß über die Frage der Zuteilung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland, an der übrigens niemand Zweifel hege, sowie über die Frage der nichtständigen Ratsitze einzeln abgestimmt werde.

Er wolle nicht die Einzelheiten erörtern, die man gegen das Projekt, das heute der Vollversammlung vom Bureau vorgelegt werde, vorbringen könne, er müsse jedoch darauf hinweisen, daß die Verbindung des ständigen Ratsitzes für Deutschland mit der Frage der Vermehrung der nichtständigen Ratsitze den Bestimmungen des Artikels vier des Völkerbundsstatutes nicht entspreche. Er wisse, daß 15 Staaten die gleiche Auffassung mit ihm teilten. Diese Methode, die der Völkerbundsrat jetzt anwende, entspreche in keiner Weise dem Geist des Völkerbundes. Zum Schluß seiner Ausführungen richtet Frithjof Nansen einen Appell an die Versammlung, die souveränen Rechte der Vollversammlung des Völkerbundes besser zu wahren, als dies in den Vorschlägen des Bureaus zum Ausdruck komme.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der schwedische Außenminister Löfgren.

Hierauf erfolgten die Abstimmungen, die die Annahme der Vorschläge des Bureaus ergaben.

Rintschitsch begrüßt Deutschland als neues Mitglied. Nach der Abstimmung über die deutsche Aufnahme in den Völkerbund hielt der Vorsitzende Rintschitsch eine kurze Ansprache, in der er Deutschland als neues Bundesmitglied begrüßte und der lebhaften Hoffnung Ausdruck verlieh, daß es möglichst bald in der Vollversammlung seinen Platz einnehmen und erfolgreich an der Arbeit des Völkerbundes mitwirken werde. Die Rede des Präsidenten wurde mit minutenlangem Beifall aufgenommen.

Die neue Phase in der deutschen Geschichte.

Mit dem 8. September, dem Tage der einstimmigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beginnt, wie die Blätter betonen, eine neue Phase in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Der „Vol.-Anz.“ schreibt: So sehr wir der Entscheidung, die der heutige Tag gebracht hat, widerstreben, so können wir nur wünschen, daß unser Volk die Wendung seines Geschicks, die mit diesem 8. Oktober besiegelt worden ist, niemals zu bereuen haben möge. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt unter der Ueberschrift: „Schluß mit der Versagung“. Sind wir einmal im Völkerbund, so müssen wir von der ersten Stunde unserer Mitgliedschaft an das ein sagen: Es geht nicht an, diesem Bunde anzugehören und zu gleicher Zeit noch immer unter beschränkter Souveränität zu leben. Unser Volk, das nach seinen bitteren Erfahrungen mit dem Völkerbund in Oberschlesien, an der Saar und in Danzig gefühlsmäßig nur mit höchstem Widerstreben diesem notwendigen Schritt der Regierung folgt, hat ein unbestreitbares Recht darauf, daß endlich die fremden Truppen von seinem Boden verschwinden, daß es endlich wieder in Freiheit leben kann. Das Statut des Bundes selbst schreibt vor, daß nur Staaten mit voller Souveränität ihm angehören dürfen. Die „Tägliche Rundschau“ stellt mit Genugtuung fest, daß Deutschland ein Ziel, das ihm lange verperrt wurde, erreicht hat, und zwar in allen Ehren (?) erreicht hat. Dieses Ziel kann aber doch nur eine Etappe sein in dem Ringen um den Wiederaufbau Deutschlands, um die Heilung der Schäden des Krieges und um die Befriedung Europas.

Zur Reorganisation des Völkerbundsrates.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt es verfehlt oder zum mindesten übertrieben, den Ratsbeschlüssen, wonach die Zuerkennung eines ständigen Ratsitzes an Deutschland und die Erhöhung der nichtständigen Ratsmitglieder von sechs auf neun gleichzeitig verhandelt werden soll, als eine schlimme Intrige gegen Deutschland hinzustellen und ihm katastrophale Folgen für Deutschland zuzuschreiben. Die Reichsregierung habe durch ihre Delegierten in der Studienkommission der Vermehrung der nichtständigen Sitze schon im Mai zugestimmt und diese Haltung habe seinerzeit die einmütige Billigung der großen Parteien im auswärtigen Ausschuss gefunden.

Bekanntlich war aber doch die Nichtveränderung der Ratszusammensetzung vor Deutschlands Eintritt eine der Verbindungen für den Eintritt. Es ist natürlich der „Tägliche Rundschau“, die ja dem Reichsaussenminister nahe steht, leicht nachzuspüren, wenn sie nun diese Intrige der weiteren Ratsveränderung mit Deutschlands Eintritt als einen harmlosen Freundschaftsdienst hinstellen möchte. So ist die Sache nun aber doch nicht, denn der Beschluß, die Erweiterung der nichtständigen Sitze mit der Aufnahme Deutschlands zu verbinden,



Mass-Anfertigung



nach den
neuesten Modellen
in meinen groß angelegten Werkstätten für Damen-
und Herren-Kleidung



Pelzanfertigung
in eigener Kürschnerei.

Beste Verarbeitung! Tadelloser Sitz!

Ich bitte um Besichtigung meiner **MODELL-AUSSTELLUNG** im ersten Stock.
Meine Schaufenster zeigen die neuesten Modeschöpfungen.

GUSTAV ZEECK, STOLP. Telephon 124, 125, 126.

Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, den 11. d. Mts. von vormittags 9,30 Uhr ab versteigere ich hier, Poststraße 1 bei Selte bestimmt einen

großen Posten Rauchtabak

um zu räumen in kleinen und größeren Mengen zu jedem annehmbaren Preise.

Osswald,
Obergerichtsvollzieher in Stolp.
An der Lochschleufe 15.

Schützenhaus.

Heute Donnerstag abds. 8 Uhr:
Großer Protestkampf
bis zur Entscheidung!

Schwemmler gegen **Seppl Maschke**
Berlin der bayerische Herkules

Dieser Kampf wurde infolge einer Verletzung, welche Schwemmler bei einem hohen Ausheber durch Maschke erhielt, resultatlos abgebrochen, und wird heute zur Entscheidung gebracht.

Ferner ringen:

Urbach gegen **Kochansky**
Europameister (Köln) Mittelgewichtsmeister v. Rheinland

Herausforderungskampf
im freien amerikanischen Stil!

Alle Griffe erlaubt!

Wehram gegen **v. d. Born**
Weltmeister Holland

Der spannende
Entscheidungskampf!!

Grunewald gegen **Albin Kutschke**
Deutscher Meister gen. der deutsche Roland

Vor den Ringkämpfen:

Großes Künstler-Konzert

Joh. Schulker, Friseur

Fernsprecher 332

Kirchplatz 11 neben der Hauptpost.

Saubere Fachbedienung. Solide Preise.

Grünteile für Pflanze
la Schere und Streichbleche

zu allen Fabrikaten passend, stets vorrätig

Gustav Denzer

Eisengießerei und Maschinenfabrik, Stolp i. P.



Taschenlampen
Batterien

stets frisch in bekannt
bester Qualität
sehr preiswert bei mir zu haben.

UHRMACHER
KUNST

Stolp i. Pom., Holstentorstr. 5



Edeka
GESCHÄFTE
sind beste
Bezugsquellen
für
KOLONIALWAREN
UND LEBENS-
MITTEL

Unterstützt nicht die Hausbettelei durch
Geldgaben, sondern kauft
Gutscheine der städtischen Volksküche
zur Ausgabe an Bettelnde.

12 Gutscheine kosten 1.— Mt.
und sind vorläufig zu haben.

U. Lemme & Co., Langestraße 64
Emil Wolsdorff Inh. Paul Hartmann, Markt 15
Hotel Kaiserhof, Neutorstraße
Max Bröske, Neutorstraße 14
Paul Albrecht, Bahnhofstraße 15

Die Verwaltung der städtischen Volksküche.
W. Laeven, Stadtrat.

Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 11.
September 1926 nachm. 4
Uhr werde ich in Stolpmünde
auf dem Zimmermeister
Willer'schen Lagerplatz ander-
weitig gepfändete

1 Stapel Kanthölzer

1 Stapel Bretter

ferner um 5 Uhr an Strande

1 Verkaufshalle

öffentlich meistbietend gegen
sofort. Barzahlung versteigern.
Stolp, den 9. Septbr. 1926.

Haseney,
Ober-Gerichtsvollzieher.
Rüsterstraße 37.

Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 11.
September 1926 vorm. 10
Uhr werde ich Sandberg 1
folgende Sachen als:

1 Piano, 1 Büffetschrank,
1 Anrichte, 1 Ausziehtisch,
6 Stühle, eine Partie
Zigarren, Arak, Cognak
u. a. m.

öffentlich, meistbietend gegen
sofort. Barzahlung versteigern.
Stolp, den 9. Septbr. 1926.

Haseney,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Freitag!!
auf dem Stephanplatz!
saftige Eßbirnen

darunter Grauben 15-20 Pfg.

la. Pflaumen.

Ernst Knop,

Stromstr. 6. Fernruf 924.

Aus meinem Garten em-

pflehe ich großfrüchtige

Hagebutten

zu Wein und Kompot

Tomaten

Tafelbirnen

in feinsten Sorten

Tafelpflaumen

Königin Viktoria.

Rudolf Heintze

Präsidentenstr. 36. Tel. 557.

Heute und morgen frischer

Apfelsaft

liter 50 Pfg.

Obstkelerei Heintze

Präsidentenstr. 36. Tel. 557.

S. W. Feiges

Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

in schwarz und farbig.